

info0724

Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Jul/Aug 2024

Kriegstüchtig: „Bundeswehr und Gesellschaft dafür aufstellen“

Deutschland müsse lt. Militärminister Boris Pistorius (SPD) in fünf Jahren, d.h. bis 2029 „kriegstüchtig“ werden. Er formulierte es im Oktober vergangenen Jahres so: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, und das heißt, wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Der Begriff der Kriegstüchtigkeit wurde hierzulande bis vor kurzem nicht verwendet, vermutlich wegen der besonderen deutschen Geschichte. Warum aber kriegstüchtig in fünf Jahren? Diese Frage konnte Pistorius bisher nicht plausibel beantworten. Möglicherweise geht er von einem

Zeitraum aus, der sich bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode erstreckt. Wie wird man nun kriegstüchtig? Dazu sind einzelne Schritte bzw. Maßnahmen notwendig, die in ihrer Gesamtheit zu einer neuen Ausgangslage führen. Im Zentrum steht der Umbau der Bundeswehr. Er soll dem Anspruch einer Führungsnation in Europa gerecht werden.

Damit aber der Umbau der Bundeswehr gelingen kann, muss dieser extrem kostenintensive Prozess von der Gesellschaft mehrheitlich akzeptiert werden. Dafür sind die Voraussetzungen nicht ungünstig. Schließlich ist Minister Pistorius lt. Umfragen seit längerem der beliebteste Politiker des Landes. Außerdem ist das Feindbild („der

Russe“ und „der Chinesen“) seit über 100 Jahren fest im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Und auf den Großteil der Medien (vor allem der Leitmedien) ist Verlass. Andererseits will aber die Mehrheit der Bevölkerung (noch) keinen Krieg. Auch hat der Ruf der Bundeswehr über die Jahrzehnte gelitten. Soldaten sind nicht gerade die Helden der Nation. Zusätzlich drückt das Gejammer über eine angeblich kaputt gesparte Truppe auf die Stimmung. Und das müsse sich ändern, davon ist auch die absolute Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag überzeugt. Man hat sich inzwischen ein ganzes Bündel an Maßnahmen überlegt, um der „Miserie“ abzuhelfen. Manche eher kostenintensiv, andere mehr symbolisch, die

Allein machen sie dich ein ...

Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammmentun, zum Reden, Lernen, Handeln - z.B. mit uns? Interesse? Dann schreib uns oder sprich uns auf Veranstaltungen an.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf agi-dorfen.org/info heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per E-Mail an info@agi-dorfen.org. Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

Herausgeberin:
AG International Dorfen

Internet:
www.agi-dorfen.org

Kontakt:
info@agi-dorfen.org

V.i.S.d.P.:
Stefan Brandhuber
Mühlangerstr. 12
84405 Dorfen

*Eigendruck im
Selbstverlag*

den Haushalt kaum belasten. Auf zwei davon will ich im Folgenden näher eingehen: Die schrittweise Reaktivierung des allgemeinen Kriegsdienstes und die Einführung des Veteranentages.

Mehr Rekruten für die Bundeswehr

Die Bundeswehr verfügte im vergangenen Jahr über 181500 Soldaten (Sammelbegriff). Angestrebt ist langfristig eine Personalstärke von 460.000. Davon 200.000 Aktive, der Rest als Reserve. Wenn es nach den Hardlinern in den Bundestagsfraktionen, ginge, würde die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht für alle sofort wieder in Kraft gesetzt. Es gibt aber aktuell nur Kapazitäten für eine Ausbildung von 5-7000 Rekruten jährlich. Davon ausgehend schlägt Pistorius ein abgestuftes Konzept auf freiwilliger Basis vor. Das sieht dann so aus: Da nach Artikel 12a Grundgesetz keine Frauen verpflichtet werden können, erhalten alle 18-Jährigen einen Fragebogen zur Wehrefassung. Männer müssen diesen ausgefüllt zurücksenden, Frauen auf freiwilliger Basis. Auf der Grundlage dieser ausgefüllten Fragebögen und nach einer Musterung, wählt die Bundeswehr geeignete Kandidaten und Kandidatinnen aus. Im ersten Jahr könnten das lt. Ministerium etwa 5000 sein, die einer Ausbildung zugeführt würden.

Die Zahl würde in der Folgezeit „jährlich geprüft“. Das Ministerium rechnet für diese Maßnahme mit Mehrkosten von etwa 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Dauer des Wehrdienstes soll zwischen 6 Monaten und (freiwillig) bis zu 17 Monaten betragen. Eine Pflicht zur Ableistung des Wehrdienstes ist lt. Pistorius Konzept vorläufig nicht vorgesehen. Gegen die Pläne des Ministers stellen sich im Bundestag nur die Gruppen von Die Linke und Bündnis Sahra Wagenknecht. Ob das vorgestellte Konzept bis zur Bundestagswahl noch realisiert wird, ist abzuwarten, da die Konflikte in der sog. Ampelkoalition weiterhin, v. a. in Haushaltsfragen, virulent sind und bleiben dürften. Eine neue Bundesregierung unter der Federführung von CDU und CSU wird, wie im Grundsatzprogramm vereinbart, auf ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ hin orientieren.

...dazu noch einen Ehrentag für alle „Veteranen“

Krieger- und Reservistenkameradschaften bzw. -vereine gibt es im Lande immer weniger. Die „Krieger“, die den 2. Weltkrieg überlebt haben, sind inzwischen verstorben. Man hat sich am Grab von ihnen mit Böllerschüssen verabschiedet. Die Tradition stirbt, sehr zum Leidwesen derer, die immer noch kriegerischen Denkmustern ver-

haftet sind. Und in Zeiten der Aufrüstung geht's nicht zuletzt um ideologische Begleitung. Daher hat die Bundeswehr begonnen, eine Veteranenkultur zu entwickeln, welche die Verflechtung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft weiter verstärken soll. Aber was sind Veteranen? Um die Deutungshoheit

gab's in den vergangenen Jahren einen heftigen Streit. Für die einen konnten Veteranen nur diejenigen sein, die schon feindlichem Feuer ausgesetzt waren, also Kriegsteilnehmer. Andere wollten darunter alle ehemaligen Soldaten einbeziehen. Durchgesetzt haben sich letztere. Und so dürfen jetzt alle ehemaligen Soldaten der Bundeswehr einen Tag der Veteranen „feiern“ und stolz ein Abzeichen, das dem Eisernen Kreuz der reichsdeutschen Wehrmacht ähnlich ist, an der zivilen Kleidung tragen.

Kein Ehrensalt für Wehrdienstverweigerer

LENGDORF – Ab sofort übernimmt die Gemeindeverwaltung die Kosten für das traditionelle Salutschießen bei Beerdigungen. Dieser Beschluss, der auf Antrag des Lengdorfer Krieger- und Soldatenvereins zustande kam, war jedoch lebhaft diskutiert worden. Vor allem Michael Auer hatte Bedenken: Nach den Abrüstungsgesprächen der Großen, sagte Auer, müsse er die Frage stellen, ob denn überhaupt noch geschossen werden müsse. Auf die Tradition berief sich dagegen die Mehrheit der Gemeinderäte. Nach ihrem Beschluss erhalten einen Ehrensalt Gemeindeglieder, die Wehrdienst geleistet haben und auf dem gemeindlichen Friedhof bestattet werden. Keinen Ehrensalt bekommen, wie es im Wortlaut des Beschlusses lautet, Bürger, die den Wehrdienst verweigert haben. hk

SZ vom 28.12.87: „Kein Ehrensalt für Kriegsdienstverweigerer“

Es soll sich um einen Personenkreis von ca. 10 Millionen handeln. Dabei gibt es zwei Probleme: Beim Tag der Veteranen hat man sich den 15. Juni herausgepickt. Doch wie soll der Tag begangen werden? Ein Weißwurstessen mit Freibier und eine Hüpfburg für das künftige Kanonenfutter? Etwa 20 Veranstaltungen soll es vor kurzem zum 1. „Ehrentag“ gegeben haben, kaum jemand hat etwas davon mitbekommen. Das zweite Problem betrifft das Abzeichen in Blech. Das muss beantragt werden. Wer weiß das schon bzw. will es beantragen, um es zu tragen? Der Verfasser dieses Artikels hat es beantragt, weil er testen wollte, ob es ein Gelöbnisverweigerer auch bekäme. Was ist ein Gelöbnisverweigerer? Das Gelöbnis beendet die dreimonatige Grundausbildung des Wehrpflichtigen.

In §9 des Soldatengesetzes ist die Gelöbnisformel festgelegt: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Für einen nicht anerkannten Kriegsdienstverweigerer kam diese Verpflichtung nicht infrage. Tatsächlich

wurde das Abzeichen mit einem freundlichen Begleitschreiben zugestellt.

Die Einführung eines Veteranentag ist ein Baustein unter vielen zu einer fortschreitenden Militarisierung mit dem Ziel der Erlangung der Kriegstüchtigkeit. Es stellt sich die Frage: Warum soll die Tätigkeit eines Soldaten bzw. einer Soldatin ehrenwürdiger sein als eine Tätigkeit im Gesundheitssystem? Da war die Diskussion während der Coronapandemie schon weiter. Wir vergessen zu schnell. Gerade noch kam die Meldung, dass die BRD für das laufende Jahr das von der NATO vorgegebene Zweiprozentziel (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) übertrifft. In Zahlen ausgedrückt etwa 90 Milliarden €. Muss man das noch kommentieren?

HE



A Golden Opportunity

In 100 Jahren vom Ärztestreik zum Privat-Equity-Investment

Der Ärztestreiks 1923/24 endete mit einer Niederlage der meist reaktionären Ärzteschaft und war zugleich die Geburtsstunde der Polikliniken. Die Folge eines reaktionären Streiks waren durchaus fortschrittliche Entwicklungen im Sinne einer besseren Patientenversorgung. Jetzt, Jahrzehnte nach der Abwicklung der ostdeutschen Polikliniken im Zuge der Wiedervereinigung, kehren sie nach 100 Jahren in Form von Medizinischen Versorgungszentren zurück – allerdings überwiegend einer kapitalistischen Logik von Profitmaximierung unterworfen.

Von September 1923 bis Januar 1924 streikten in der Weimarer Republik die niedergelassenen ÄrztInnen, d.h. sie akzeptierten die Krankenscheine der KassenpatientInnen nicht mehr, sondern waren nur noch auf private Rechnung tätig. Hintergrund waren heftige Auseinandersetzungen über Vergütung und staatliche Eingriffe in die ärztliche Souveränität. Eine unmittelbare Folge des Ärztestreiks war die Einrichtung von Ambulatorien und Polikliniken in der Regie der Kassen, die damit die Behandlung ihrer KassenpatientInnen sicherstellten. Während konser-

vative und reaktionäre Teile der Ärzteschaft den Streik unterstützten, beteiligten sich linke und sozialistische orientierte Ärzte eher am Aufbau der Polikliniken und wurden von ihren KollegInnen dafür angefeindet.

In den folgenden knapp zehn Jahren entwickelten sich umfangreiche ambulante und stationäre medizinische Einrichtungen der Krankenkassen. Mit der Machtübertragung auf den deutschen Faschismus fand diese Entwicklung ein jähes Ende.

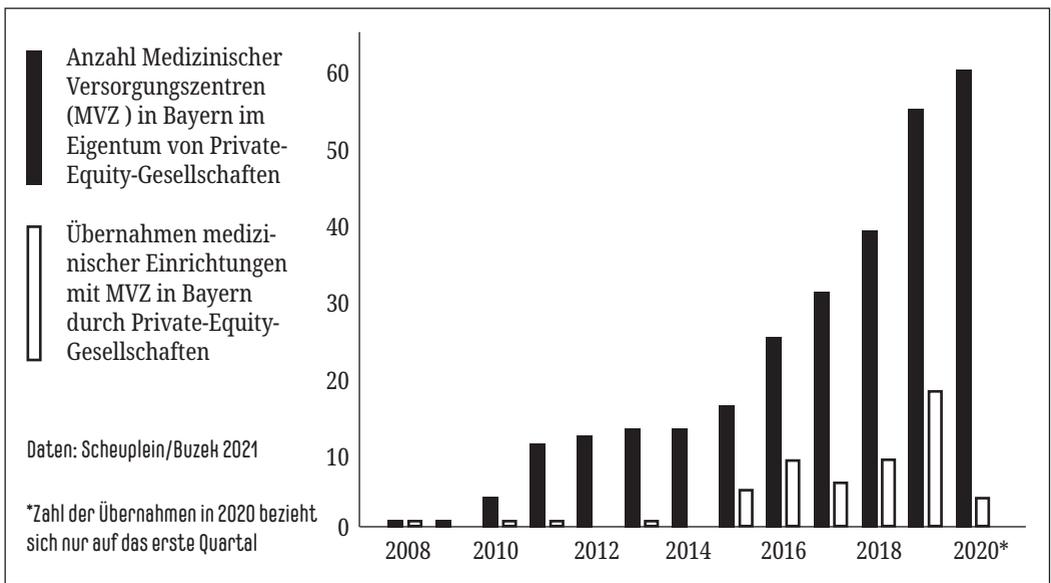
In der BRD wurde in der Adenauerzeit die Rolle des ambu-

lant tätigen niedergelassenen Arztes wieder gestärkt und mit dem Kassenarztrecht von 1955 in eine nahezu monopolistische Stellung überführt.

Die DDR ging demgegenüber den umgekehrten Weg. Die ambulante ärztliche Versorgung war fast ausschließlich über die Ambulatorien oder die größeren Polikliniken (Fachärzte, Allgemeinärzte, Zahnärzte, Apotheke und Labor unter einem Dach) abgedeckt. 1989 gab es knapp 21.000 ambulant tätige Ärzte, nur 340 waren in eigener Niederlassung tätig.¹

Mit der Wiedervereinigung wurde das staatlich getragene System der Polikliniken und Ambulatorien der DDR abgewickelt und das Monopol privatwirtschaftlicher Leistungen in der ambulanten ärztlichen Versorgung auf Ostdeutschland ausgedehnt. 15 Jahre später unter der Rot-Grünen Regierung Schröder und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wurde dann der Weg geebnet, den ambulanten Gesundheitssektor für Investoren zu öffnen. Das war eine in diesem Bereich bis dahin unbekannt Entwicklung.

Seit 2004 ist es in Deutschland zulässig, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu gründen und es ist darüber hinaus möglich, dass fachfremde Personen (nicht nur



Ärzte, Apotheker etc.) als Investoren auftreten. Zunächst waren fachgleiche MVZ (also z.B. Augenarzt-Ketten) ausgeschlossen, nur Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen (also z.B. Orthopäde und Radiologe) konnte sich zusammenschließen.

So richtig Bewegung in die MVZ-Gründung kam aber erst, nachdem im Jahr 2014 auch fachgleiche MVZ zugelassen wurden. In den folgenden Jahren stieg die Zahl der MVZ-Gründungen stark an, Ende 2020 gab es bundesweit bereits beinahe 4000 MVZ.

Die Zahl der in MVZ tätigen ÄrztInnen betrug etwa 24.000 (im Vergleich dazu etwa 50.000 in Einzel- und 90.000 in Gemeinschaftspraxen.²

A Golden Opportunity - Finanzialisierung der sozialen Reproduktion

Der Münchener Unternehmensberater McKinsey & Company hat 2017 in einem Strategiepapier für Investitionen in der Gesundheitsbranche geworben. Der Titel des Papiers lautet ‚European healthcare – a golden opportunity‘. Goldgräberstimmung also bei den Investoren.

Die Eigentumsverhältnisse der zahlreichen MVZ sind nicht immer klar ersichtlich. Die Zahl der von Investoren geführten MVZ steigt aber auf jeden Fall rasant an. Deutschland gibt es derzeit ca. 90 ‚Ketten‘ medizinischer Einrichtungen, die von Privat-Equity-Unternehmen übernommen wurden, 45

im ambulanten Bereich, 6 Krankenhausketten 18 Pflegedienste und Pflegeheime, 5 in der Rehabilitation und 3 Labore. Im Pflegesektor sind ca. 80.000 Beschäftigte in Einrichtungen tätig, die Privat-Equity-geführt sind.

In einer Untersuchung für die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns aus dem Jahr 2020 zeigte sich, dass von den ca. 600 bayerischen MVZ etwa 10% Private-Equity geführt sind. Tendenz auch hier rasant steigend.³ Dabei wird von den Investoren – im Falle des Gesundheitswesens überwiegend von nicht börsennotierten Private-Equity Gesellschaften - Anlagesuchendes Kapital eingesammelt und in Einrichtungen der Sozialen Vorsorge investiert (Rente, Pflege- oder Reha-einrichtungen, Arztpraxen etc.), die

vornehmlich über zeitlich begrenzte Fonds Geld von Anlegern einsammeln und damit z.B. eine bestehende Arztpraxis oder ein MVZ aufkaufen, mit anderen Praxen oder MVZ zusammenfügen und Ketten von MVZ bilden (beispielsweise im Münchener Raum die Augenarzt Kette Smile Eyes) und nach wenigen Jahren gewinnbringend weiterverkauft. Der Weiterverkauf findet häufig erneut an einen Investor statt, und die Sache geht von vorne los. Die Haltedauer liegt bei wenigen Jahren, die Rendite liegt in der Regel im zweistelligen Bereich. Ca. 75% der Privat-Equity haben ihren Sitz in Steueroasen, d.h. Krankenkassenbeiträge fließen weitgehend unbesteuert in die Taschen von Investoren.

Mutmaßlich handelt es sich erst um den Beginn der Finanzialisierung der ambulanten Gesundheitsversorgung. Im Gegensatz zur Privatisierung der Krankenhäuser ist dieser Bereich nicht so sehr im Focus der Öffentlichkeit. Dabei sind die Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung erheblich. Renditeorientierung und Gewinnmaximierung sind die Folgen des Einstiegs von Investoren. Die bisherige Empirie zeigt, dass dies naturgemäß nicht zu Einsparungen im Gesundheitswesen führt, sondern im Gegenteil zu Mehrausgaben. Auch die Selbstbeteiligungskosten

für die Kunden, also die Patienten, werden weiter steigen.

Gegentwürfe zur Finanzialisierung des Gesundheitswesens

Als Sofortmaßnahme leuchtet ein, dass Investoren die Möglichkeit zur Kapitalanlage im Gesundheitswesen wieder entzogen werden muss. Eine entsprechende Gesetzesinitiative wurde von Gesundheitsminister Lauterbach angekündigt. Man darf gespannt sein, was daraus wird.

Kommunale MVZ

Inzwischen existieren auch ein ganze Reihe kommunaler MVZ oder vergleichbarer Einrichtungen. Im Idealfall fungiert die Kommune als Arbeitgeber und stellt das medizinische Personal an, allerdings gibt es auch hier in der Realität Kooperationen mit Konzernen.

Polikliniksyndikat

Aus linker Perspektive sind solidarische Gesundheitszentren wie das Polikliniksyndikat eine spannende Alternative, die es bereits in verschiedenen deutschen Städten wie Hamburg, Berlin, Dresden Leipzig oder Köln gibt. Das Augenmerk liegt auf den Bedürfnissen der PatientInnen. Gewinn und Rendite spielen keine Rolle. In Deutschland ist dies freilich bisher nur eine Randerscheinung.

Dass vergleichbare Einrichtungen der solidarischen kostenlosen Gesundheitsversorgung auch in Europa in größerem Umfang möglich sind zeigt das Beispiel der MPLP (Organisation Medizin für das Volk), in Belgien, die der dortigen Partei der Arbeit (PTB/PvdA) nahe steht. Nach jahrzehntelangen und am Ende erfolgreichen Kämpfen gegen unterschiedliche belgische Regierungen und ärztliche StandeskollegInnen versorgt die MPLP heute 25.000 PatientInnen min 11 Gesundheitszentren regelmäßig mit hervorragender und kostenloser Medizin (Weitere Einzelheiten finden sich in der Arbeiterstimme Nr. 220 aus dem Jahr 2023).⁴

Dr. Konrad Beischl, Landshut

1 Einzelheiten und Zahlen nach Hofemann, Klaus: „Die Privatisierung der ambulanten Versorgung, http://www.med.uni-magdeburg.de/jkmg/wp-content/uploads/2013/03/JKM_Band19_Kapitel4_Hofemann.pdf

2 siehe dazu: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impulsverkauf-der-ambulanten-versorgung-49318.htm>

3 Zahlen nach Buzek und Scheuplein. Der Münsteraner Stadtgeograf Richard Buzek hat zusammen mit Christoph Scheuplein umfangreiche Untersuchungen zum Thema publiziert

4 https://arbeiterstimme.org/images/hefte/2023/Arsti_220_web.pdf

Weiß-blaue Stahlhelm-Einigkeit

Im bayerischen Landtag gibt es kaum Widerspruch zum „Bundeswehrfördergesetz“

Im April 2024 hat die Bayerische Staatsregierung von CSU und Freien Wählern den Entwurf für ein „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ präsentiert, das im Falle seiner Verabschiedung einen Meilenstein auf dem Weg zur Militarisierung bedeuten würde. Es besteht im wesentlichen aus drei Punkten:

1. Verbot der Zivilklausel, d.h. Unis und Hochschulen können verpflichtet werden, mit dem Militär zusammenzuarbeiten und ihre Forschungsergebnisse der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen.
2. Schulen müssen mit der Bundeswehr zusammenarbeiten und ihre Klassenzimmer für Bundeswehr-Propaganda und Soldatenanwerbung öffnen.
3. Militärische Bauvorhaben sollen künftig ohne Zustimmung der jeweiligen Kommune möglich sein, d.h. auch Bürgerentscheide wären damit nicht mehr zugelassen.

Die sogenannte „Opposition“ ist wenig überraschend auch in dieser Frage keine. Am

größten ist die Begeisterung für die militaristische Offensive bei der kleinsten Landtagsfraktion von der SPD. Ihr Abgeordneter Rinderspacher zu dem Entwurf: „Die SPD-Fraktion im Hohen Hause begrüßt ausdrücklich das Bekenntnis des Freistaates Bayern zur Förderung der deutschen Bundeswehr. Wir werden die Beratungen zum Gesetzentwurf in den Landtagsausschüssen sehr konstruktiv begleiten.“¹

Der AfD geht das Gesetz zwar in die richtige Richtung aber nicht weit genug, weshalb sie sich enthalten wolle und selbst die Schaffung der „Voraussetzungen zur Reaktivierung der Wehrpflicht“ in Bayern fordere.² Im Bundestag hatte die sich gerne als Friedenspartei inszenierende Partei Mitte Juni einige Anträge zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie eingebracht und dabei bundesweit die Abschaffung der für sie „unsäglichen“ Zivilklauseln gefordert.³

Die Grünen lehnen den Gesetz-

entwurf bislang wegen des Verbots der Zivilklauseln ab. Gegen die Öffnung von Schulen für Bundeswehr-Propaganda bringen sie nur den formalen Grund fehlender Jugend-Offiziere vor, wären demnach also grundsätzlich dafür. Logischerweise muss man sagen, schließlich tragen sie ja seit Ausrufung der „Zeitenwende“ am 27.2.22 alle Maßnahmen der „Kriegsertüchtigung“ Deutschlands aktiv mit - zuletzt die Einführung des jährlichen PR-Spektakels „Veteranentag“ und aktuell die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Das Bundeswehrfördergesetz wird wohl im Juli noch mit großer Mehrheit angenommen werden. Eine von der GEW u.a. geplante Petition und evtl. auch Klage dagegen sind leider wenig aussichtsreich.

SB

1) Auf Draht, 11.6.24, Seite 6

2) www.gew-bayern.de/presse/detailseite/federfuehrender-landtagsausschuss-stimmt-fuer-bundeswehr-gesetz-und-verkuertzt-beratungszeit

3) junge welt, 15./16.6.24, S. 4

Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► agi-dorfen.org/termine

1.7.24 | 20:00

Treffen AG International

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

5.-7.7.24

50 Jahre Jugendzentrum Dorfen

Jubiläumswochenende mit Bands, Biergarten, Workshops u.v.m.

Ort: Jugendzentrum Dorfen

6.7.24 | 11:00-17:00

Palästinensische Befreiungsbewegung vs. Zionismus

Seminar mit Shir Hever und Fuad Hamdan (Anmeldung erforderlich)

Ort: EineWeltHaus München

6.7.24 | 14:00

Demonstration gegen die Auslieferung von Maja nach Ungarn

Ort: Nürnberg, Plärrer

7.7.24 | 19:00

„Solidarität verbindet“ -

Dokumentarfilm über die Geschichte der Roten Hilfe in Deutschland

Ort: Z, Rosenheim

10.7.24 | 19:00

Treffen AG Politischer Film

Planung Herbstprogramm

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

13.7.24 | ganztägig

«Antisemitismus und Nationalsozialismus» -

Einführung in das Denken

Moishe Postones. Seminar des Kurt-Eisner-Vereins mit Moritz Zeiler (Anmeldung erforderlich)

Ort: Westendstr. 19, München

15.7.24 | 20:00

Treffen AG International

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

18.7.24 | 19:00

Die Lage in Gaza. Vortrag und Diskussion mit Riad Othman von medico international

Ort: EineWeltHaus München

26.-28.7.24

Antifacamp Bayern

Ort: Raum Nürnberg

► antifacamp-bayern.net

29.7.24 | 20:00

Treffen AG International

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

12.8.24 | 20:00

Treffen AG International

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

26.8.24 | 20:00

Treffen AG International

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

1.9.24

Antikriegstag - Bundesweit Demonstrationen und Kundgebungen gegen Aufrüstung und Krieg

GIKS

Laden für **Geschichte, Internationalismus, Kultur und Solidarität**



Kirchtorplatz 4, Dorfen
www.giks-dorfen.org

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**



ROTE HILFE
Ortsgruppe Landshut
landshut@rote-hilfe.de